

**Kleine Anfrage**

**der Abg. Carola Wolle**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

**Maßnahmen gegen den Links- und Rechtsextremismus**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Organisationen und Initiativen sind in Baden-Württemberg derzeit nach ihrer Kenntnis gegen Links- oder Rechtsextremismus aktiv (bitte jeweils mit staatlichen Fördersummen und Haushaltstiteln auflisten)?
2. Welche Projekte oder Programme gegen Linksextremismus plant sie für die aktuelle Legislaturperiode, um linksextremistischer Gewaltbereitschaft und links-extremistischen Einstellungen in der Gesellschaft zu begegnen?
3. Welche Projekte oder Programme gegen Rechtsextremismus plant sie für die aktuelle Legislaturperiode, um rechtsextremistischer Gewaltbereitschaft und rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft zu begegnen?
4. Welche Maßnahmen der historisch-politischen Bildung im Bereich der Aufklärung über die DDR-Diktatur unter welchen Haushaltstiteln und in welcher Höhe im Jahr 2016 fördert sie, beziehungsweise will sie in den Jahren 2017 bis 2018 fördern (bitte nach Maßnahmen, geförderten Einrichtungen sowie Jahren aufschlüsseln)?
5. In welcher Höhe werden Gedenkstätten und Museen mit Schwerpunkt DDR-Geschichte im Jahr 2015 und 2016 durch das Land gefördert (bitte nach den geförderten Einrichtungen sowie Jahren aufschlüsseln)?
6. Welche Publikationen, die von der vorherigen Landesregierung (einem Ministerium oder einer Behörde des Landes Baden-Württemberg) seit Dezember 2014 herausgegeben wurden, behandeln den Rechts- oder Linksextremismus (bitte nach Namen, Erscheinungsdatum und nach der Zuordnung zu Links-beziehungsweise Rechtsextremismus aufschlüsseln)?

7. Welche Lehrveranstaltungen, Seminare, Vorlesungen fanden im Jahr 2015 an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg zum Links- oder Rechtsextremismus statt (bitte nach der Zuordnung zu Links- beziehungsweise Rechts- extremismus und der jeweiligen Einrichtung aufschlüsseln)?
8. Wie viele Fortbildungen für Richter und Staatsanwälte zum Thema Links- oder Rechtsextremismus fanden im Jahr 2015 statt (bitte nach der thematischen Zuordnung zu Links- beziehungsweise Rechtsextremismus aufschlüsseln)?
9. Wie viele Lehrveranstaltungen, Seminare, Vorlesungen beziehungsweise Fortbildungen zur Thematik „linksextremistisch motivierte Straftaten und Tatmotive“ oder „rechtsextremistisch motivierte Straftaten und Tatmotive“ fanden im Rahmen der Juristenausbildung (Studium und Referendariat) an den Universitäten in Baden-Württemberg im Sommersemester 2015 sowie im Wintersemester 2015/2016 statt (bitte gemäß der vorherigen Frage aufschlüsseln)?
10. Wie viele Seminare zum Links- oder Rechtsextremismus fanden im Rahmen der Ausbildung von Sozialkunde-/Sozialwissenschafts-Lehrern an Universitäten in Baden-Württemberg im Sommersemester 2016 sowie im Wintersemester 2015/2016 statt (bitte nach Jahren und der thematischen Zuordnung zu Links- beziehungsweise Rechtsextremismus aufschlüsseln)?

20.06.2016

Wolle fraktionslos

#### Begründung

Das Konzept der wehrhaften Demokratie folgt der Überzeugung, dass der freiheitliche demokratische Staat den extremistischen Feinden, die seine Existenz oder seinen grundlegenden Charakter als freiheitliche und demokratische Ordnung bedrohen, entgegenzutreten hat. Das Grundgesetz und die deutschen Landesverfassungen bekennen sich in diesem Sinne zur Wehrhaftigkeit. Dementsprechend ergreifen Bund und Länder verschiedene repressive und präventive Maßnahmen, um dem politischen Extremismus entgegenzutreten. Die Fragestellerin begehrt Auskunft über die Maßnahmen der Landesregierung gegen Links- und Rechtsextremismus in Baden-Württemberg.

## Antwort

Mit Schreiben vom 8. August 2016 Nr. 4-1082.2/431 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Soziales und Integration und dem Ministerium der Justiz und Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Welche Organisationen und Initiativen sind in Baden-Württemberg derzeit nach ihrer Kenntnis gegen Links- oder Rechtsextremismus aktiv (bitte jeweils mit staatlichen Fördersummen und Haushaltstiteln auflisten)?*

Zu 1.:

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration können keine detaillierten Aussagen zu einzelnen Organisationen, zu staatlichen Fördersummen sowie zu Haushaltstiteln getroffen werden. Die folgenden Beispiele verdeutlichen jedoch, dass die Landespolizei und das Landesamt für Verfassungsschutz vielfältige Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention entfalten.

So bietet die Polizei Baden-Württemberg auf Anfrage anlassbezogene Vorträge sowie Veranstaltungen zu den einzelnen Phänomenbereichen Politisch motivierter Kriminalität (PMK) an. Im Jahr 2015 wurden in dem Bereich PMK-rechts insgesamt 37 Veranstaltungen durchgeführt.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA) engagiert sich u. a. im bundesweiten „Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)“. Die Zentralstelle Prävention (LKA) ist beispielsweise Mitglied in den Bund-Länder-Projektgruppen „Politisch motivierte Gewaltkriminalität – links“ sowie „PMK – rechts“. Entsprechende Präventions- und Hilfsangebote sind im Internet unter [www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de) bzw. [www.polizeifürdich.de](http://www.polizeifürdich.de) eingestellt.

In den letzten Jahren wurden insbesondere die Medienpakete „Wölfe im Schafspelz“ (Rechtsextremismus), „Mitreden!“ (Islamismus/Islamfeindlichkeit) sowie die Kampagne „Demo: Ja! Gewalt: Nein!“ (Linksextremismus) umgesetzt.

Das LKA beteiligte sich zudem an verschiedenen Initiativen und Netzwerken im Bereich der Prävention PMK und brachte mit der Landeskoordination der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ das Serious Game „Change City“ heraus. In diesem Spiel sollen sich die Spieler mit den Bereichen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen. Daneben finden im Zuständigkeitsbereich der regionalen Polizeipräsidien lokale Aktivitäten zur Prävention PMK statt. Hervorzuheben ist beispielsweise das EU-geförderte Projekt „Achtung?!“ des Polizeipräsidiums Ludwigsburg, das sich den Gründen für eine Radikalisierung in Richtung rechtem, linkem oder religiösem Extremismus annimmt.

Die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus des LKA (BIG Rex) ist der zentrale Baustein des seit dem Jahr 2001 bestehenden interministeriellen landesweiten Programms „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“. Der Grundgedanke des Programms besteht darin, sowohl polizeilich bekannte Sympathisanten wie auch Erst- und Mehrfachtäter durch die Landespolizei und das LKA anzusprechen, um sie zum Ausstieg aus der rechten Szene zu motivieren und ggf. zu unterstützen. Aktueller Schwerpunkt der Maßnahmen der BIG Rex sind Konzeptionseinsätze, die Ansprache von potenziellen Aussteigern und deren anschließende Betreuung.

Seit Beginn wurden rund 2.600 Personen von der Polizei auf einen möglichen Ausstieg angesprochen und auf das professionelle Beratungs- und Unterstützungsangebot der BIG Rex hingewiesen. Zwischenzeitlich sind 471 Personen aus der rechten Szene ausgestiegen, davon 164 mit Unterstützung der BIG Rex.

Wirkungsvolle Prävention zeichnet sich durch einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz aus. Das „Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ (KPEBW) wurde im Zuge des Anti-Terror-Pakets („Sonderprogramm der Landesregierung

zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“) beschlossen. Das KPEBW übernimmt die zentrale Steuerung und Koordinierung der Maßnahmen der Präventions- und Interventionsbemühungen gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen im Zusammenhang mit dem (islamistischen) Extremismus und gewährleistet den Informationsfluss zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren inklusive den Sicherheitsbehörden. Gemäß dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien soll das KPEBW nebst Beratungsstelle weiter gestärkt und auf alle Felder des Extremismus und somit auch auf den Rechtsextremismus ausgeweitet werden.

Im Landesamt für Verfassungsschutz wurde im Phänomenbereich Rechtsextremismus nach dem Bekanntwerden der Taten des NSU der Bereich „Öffentlichkeitsarbeit und Prävention“ verstärkt und damit die seit Jahren praktizierte Präventionsarbeit weiter ausgebaut. So schult das Landesamt beispielsweise Behördenvertreter und ist Mitglied im „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“.

Im Geschäftsbereich des Kultusministeriums werden aus dem Einzelplan 04 die beiden folgenden Programme unterstützt:

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR–SMC) ist ein Projekt von und für Schülerinnen und Schüler, das ihnen die Möglichkeit bietet, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Ziele des Projekts sind die Stärkung von Zivilcourage, die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements sowie die Bekämpfung von diskriminierenden, rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen. Wenn mindestens 70 Prozent der am Schulleben Beteiligten dem Selbstverständnis von SOR–SMC per Unterschrift zustimmen, wird die Schule Teil des bundesweiten Courage-Netzwerkes. Die Schulen werden bei ihrer Arbeit und ihrem Engagement gegen jede Form von Diskriminierung durch SOR–SMC gestärkt und unterstützt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Kooperation mit den Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Vernetzung mit außerschulischen Kooperationspartnern durch die Öffnung der Schule. Dem Courage-Netzwerk gehören in Baden-Württemberg aktuell 157 Schulen verschiedener Schularten an (Stand: Juli 2016). Bundesweit sind mehr als 2.000 Schulen, die von über einer Million Schülerinnen und Schülern besucht werden, Teil des Courage-Netzwerks. In den Jahren 2012, 2013, 2014, 2015 und 2016 wurden bzw. werden über Kapitel 0436 Titelgruppe 95 des Staatshaushaltsplans jeweils 50.000 Euro zur Finanzierung der Personalstelle der Landeskoordination bereitgestellt.

„Jugendliche Stärken“ (JUST) ist ein von der Jugendstiftung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen am Kultusministerium entwickeltes und vom Kultusministerium gefördertes (Kapitel 0465 Titelgruppe 72) Trainingsprogramm für Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg mit dem Ziel, Widerstandsfähigkeit (Resilienz) zu ermöglichen bezüglich Gefährdungen aus dem Bereich psychomanipulativ agierender Gruppen (sog. Sekten) und Formen von weltanschaulichem Extremismus. Das Projekt wird seit Schuljahresbeginn an zwei Pilotschulen erprobt. Sechs weitere Schulen werden derzeit bei der Übernahme von JUST ins eigene Schulportfolio im Rahmen der Standardpilotierung begleitet. Mittelfristiges Ziel ist die Verankerung von JUST durch Aufnahme ins Schulcurriculum (z. B. im Rahmen des landesweiten Präventionskonzeptes „stark.stärker.wir“) oder auch ins Ganztagesangebot einzelner Schulen. Bewilligt wurden 48.000 Euro, die konkrete Summe steht nach Abschluss des Projektes fest und kann unter dem bewilligten Betrag liegen.

Im Rahmen der amtlichen Lehrkräftefortbildung wird den Themen Demokratiepädagogik und soziales Lernen seit Jahren ein hoher Stellenwert eingeräumt; beispielsweise werden Fortbildungen zur Prävention von Diskriminierung sowie zum sozialen Lernen angeboten. Weitere Veranstaltungen, die zum Ziel haben, Lehrkräfte für die gesellschaftlichen „Risikofaktoren“ im Zusammenhang mit religiös motiviertem Extremismus zu sensibilisieren, finden in Kooperation mit verschiedenen Partnern statt, beispielsweise dem Demokratiezentrum der Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration sind die folgenden Initiativen bekannt bzw. werden unterstützt:

Das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ (DZBW) wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (im Jahr 2016: 650.000 Euro) sowie vom Ministerium für Soziales und Integration (im Jahr 2016: 151.000 Euro aus Kap. 0918 684 72) gefördert und ist bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg eingerichtet. Das Bundesprogramm hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2016.

Ferner wird das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC) jährlich mit 45.000 Euro (Kap. 0918 684 07) unterstützt. Durch Angebote an Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen soll frühzeitig einer rechtsextremistischen oder menschenverachtenden Orientierung von Jugendlichen entgegengewirkt werden. Es wird von der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO) umgesetzt.

Als Teil der Antidiskriminierungsarbeit werden die folgenden Organisationen und Initiativen gefördert, die gegen Links- oder Rechtsextremismus aktiv sind. Darunter befinden sich auch Aktivitäten, die sich für den Erhalt und die Stärkung der demokratischen Rechtsordnung einsetzen sowie der Gewaltprävention dienen.

- Der Kolping-Bildungswerk Württemberg e. V. wird seit August 2013 mit dem Präventionsprojekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit jährlich 110.000 Euro (Kap. 0908 Tit. 684 01; bisher Kap. 1503 TitGr. 70) unterstützt. Hierbei lernen Schülerinnen und Schüler, an ihrer Schule Verantwortung zu übernehmen, sich für demokratische Grundwerte, Zivilcourage und gegen Diskriminierungen jeglicher Art einzusetzen. Eine Weiterförderung wird derzeit geprüft.
- Das Evangelische Jugendwerk Württemberg (ejw) erhält für sein Gewaltpräventionsprojekt an Schulen mit dem Titel „Schritte gegen Tritte“ seit Juli 2014 eine jährliche Fördersumme von 17.700 Euro (Kap. 0908 Tit. 684 01; bisher Kap. 1503 TitGr. 70). Durch simulierte Ausgrenzungserfahrungen sollen Schülerinnen und Schüler dazu angeregt werden, ihr eigenes Verhalten zu reflektieren. Eine Weiterförderung wird derzeit geprüft.
- Der Verein Interkunst e. V. wird seit April 2013 mit seinem Antirassismus- und Gewaltpräventionsprojekt an Schulen mit dem Titel „Instant Acts – Gegen Gewalt und Rassismus“ gefördert; die Fördersumme bewegt sich zwischen 14.000 Euro und 21.000 Euro jährlich (Kap. 0908 Tit. 684 01; bisher Kap. 1503 TitGr. 70). Das Theaterprojekt soll der Stärkung der interkulturellen Kompetenzen sowie der Steigerung der Akzeptanz von Vielfalt dienen. Eine Weiterförderung wird derzeit geprüft.
- Die LAGO unterhält eine „Anlauf- und Vernetzungsstelle gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und Rechtsextremismus“. Das bisherige Ministerium für Integration unterstützte seit Juni 2013 das Projekt mit einer jährlichen Fördersumme in Höhe von 25.100 Euro (Kap. 1503 TitGr. 70). Das Netzwerkprojekt soll der Stärkung der demokratischen Kultur, dem fachlichen Austausch der Akteure in der Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, der Unterstützung von lokalen Projekten (aktuell neun) sowie der Beratung und Aktivierung neuer Initiativen dienen. Eine Weiterförderung ist beabsichtigt.
- Das „Landesnetzwerk Antidiskriminierung“ wurde vom bisherigen Ministerium für Integration ins Leben gerufen und ideell unterstützt. Kosten fallen nicht an. Die Mitglieder des Netzwerkes sind Organisationen und Initiativen, die im Bereich der Antidiskriminierungsberatung aktiv sind. Es dient der Verknüpfung der Mitglieder, dem Austausch zu gemeinsamen Fragen und Themen sowie der Weiterbildung in der Antidiskriminierungsberatung. Das Netzwerk richtet sich gegen alle Formen von Diskriminierung und leistet Hilfe für die Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ziel ist die landesweite Weiterentwicklung der Beratungsangebote.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat zur Frage wie folgt Stellung genommen:

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes im Geschäftsbereich des Landtags, die den Auftrag hat, die politische Bildung in Baden-Württemberg zu fördern und zu vertiefen. Ihre demokratiefördernde Arbeit wirkt damit allgemein präventiv, denn alle Angebote der Landeszentrale für politische Bildung tragen dazu bei, die Entstehung extremistischer und demokratiefeindlicher Einstellungen zu verhindern. Im Staatshaushaltsplan belegt sie den Einzelplan 0104.

In der Stabsstelle „Demokratie stärken“ der Landeszentrale für politische Bildung ist das „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“ angesiedelt. Team meX war vom 1. Oktober 2008 bis 31. Dezember 2014 finanziert von der Baden-Württemberg Stiftung und wurde von der Landeszentrale für politische Bildung in enger Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) durchgeführt und ist seit dem 1. Januar 2015 ein eigenständiger Fachbereich.

Ziel von „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“ ist die Prävention menschenverachtender und demokratiefeindlicher Einstellungen unter Bezugnahme auf verschiedene Phänomenbereiche, insbesondere Rechtsextremismus und Islamismus/Salafismus. Als Zielgruppen nimmt Team meX hauptsächlich Jugendliche und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit in den Blick. Eine umfassende Wissensvermittlung und die Förderung der eigenen Handlungsfähigkeit stärken die Teilnehmenden für einen zivilcouragierten Einsatz gegen Extremismus und menschenverachtendes Denken im eigenen Umfeld und in der Gesellschaft.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen jährlich 124.500 Euro an Sachmitteln im Titel 54776 zur Verfügung.

Ebenfalls in der Stabsstelle „Demokratie stärken“ angesiedelt ist das Landesprogramm „Demokratie stärken. Baden Württemberg gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“. Für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 erhält die LpB jeweils 400.000 Euro aus dem Landeshaushalt. Veranschlagt sind die Mittel für die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, insbesondere für den Aufbau einer Opferberatung für Opfer rechter Gewalt und die Unterstützung tragfähiger Netzwerke und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die Konzeption folgt dabei den Vorschlägen von Prof. Dr. Kurt Möller, die in seinem Gutachten für den NSU-Ausschuss und der für das Sozialministerium erstellten Expertise „Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg“ zu finden sind. Einen Überblick über das Landesprogramm liefert die Webseite [www.demokratie-bw.de](http://www.demokratie-bw.de).

Die flächendeckende Opferberatung wurde in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium über die Jugendstiftung Baden-Württemberg ausgeschrieben. Auf die Ausschreibung im Sommer 2015 haben sich drei Träger beworben. Die Jugendstiftung hat der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg mit dem Projekt „Leuchtlinie“ den Zuschlag erteilt. Die Türkische Gemeinde erhält 400.000 Euro aus dem Doppelhaushalt 2015/2016.

Im Rahmen des Förderprogramms „lokal vernetzen – demokratisch handeln“ können 2015 und 2016 insgesamt neun Projekte gefördert werden. Die Gesamtförder-summe liegt bei 110.000 Euro. Die Projekte werden von der Vernetzungs- und Anlaufstelle zur Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung angesiedelt ist, bei der Durchführung beraten und betreut.

Die Träger der Projekte sind:

- Jugendförderung des Jugendamtes Mannheim sowie das Jugendkulturzentrum FORUM/Stadtjugendring Mannheim e. V.
- Stadt Friedrichshafen sowie Jugendzentrum Molke Friedrichshafen
- Stadtjugendring Stuttgart

- Jugendzentrum NCO-Club des Stadtjugendausschusses Karlsruhe sowie Werkraum Karlsruhe e. V.
- Fachdienst Jugend Bildung Migration der BruderhausDiakonie sowie das Netzwerk Antidiskriminierung e. V., Reutlingen
- Sompon Socialservice e. V., Esslingen
- Teilseiend e. V., Heidelberg
- Stadtjugendring Biberach
- Jugendhaus Backnang e. V.

2015 und 2016 wurden sie über den Titel 68576 finanziert.

Eine Mikroförderung, der „Aktionsfonds REFLEX“ fördert niedrigschwellig Organisationen und Initiativen im Land bei ihrer Arbeit gegen menschenverachtende Einstellungen und pauschalisierende Abwertungen. Fördersummen in Höhe von bis zu 500 Euro sind möglich.

Die bisher geförderten Träger sind:

- profamilia Pforzheim e. V.
- Volkshochschule Heilbronn
- Verein Gedenkstätten KZ Bisingen e. V.
- „Initiativkreis 8. Mai“, Langenau
- „Netzwerk für Gleichbehandlung“, Freiburg
- Katholisches Bildungswerk Stuttgart
- „Zeig Dich!“ Stuttgart
- Förderverein Gymnasium Remchingen
- Förderverein der Ludwig-Uhland-Schule, Heimsheim
- „IKaRuS e. V.“, Karlsruhe
- Freundeskreis Goethe-Gymnasium Karlsruhe
- Initiative Schlüssel für Alle e. V., Heidenheim
- Forum3, Stuttgart
- ADES Internationales Begegnungszentrum, Karlsruhe
- „Esslinger Hasen“, Esslingen
- Offene Kinder- und Jugendarbeit Lenningen
- Demokratisches Zentrum, Ludwigsburg
- Jugend Kultur- und Freundschaftsverein, Stuttgart

Die Finanzierung erfolgt über den Titel 68574.

2. Welche Projekte oder Programme gegen Linksextremismus plant sie für die aktuelle Legislaturperiode, um linksextremistischer Gewaltbereitschaft und linksextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft zu begegnen?

3. Welche Projekte oder Programme gegen Rechtsextremismus plant sie für die aktuelle Legislaturperiode, um rechtsextremistischer Gewaltbereitschaft und rechtsextremistischen Einstellungen in der Gesellschaft zu begegnen?

Zu 2. und 3.:

Hier ist insbesondere auf die laut Koalitionsvertrag geplante Ausweitung der Zuständigkeiten des „Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg“ auf alle Felder des Extremismus hinzuweisen.

Im Bereich der polizeilichen Kriminalprävention ist die Weiterführung der unter Ziffer 1 aufgeführten Medien und Aktivitäten vorgesehen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist hingegen Projektpartner des Projekts „ACHTUNG!?!“, einer Initiative des Polizeipräsidiums Ludwigsburg gegen Extremismus und Radikalisierung. Projektstart war im Juli 2016.

Das Bundeskabinett hat die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2017 beschlossen. Unter anderem ist geplant, die Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ aufzustocken. Das Ministerium für Soziales und Integration wird die Umsetzung des Bundesprogramms in Baden-Württemberg im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel weiter unterstützen. Es ist geplant, den Förderbereich „Förderung von Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler Beratung, Opfer- und Ausstiegsberatung“ zu stärken. Dabei ist das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ zentrales Element und Ansprechpartner für alle Bereiche der Extremismusprävention.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat zu der Frage wie folgt Stellung genommen:

Der Bereich Linksextremismusprävention wird bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg vor allem mit Angeboten bedient, die eine Beschäftigung mit der SED-Diktatur in der ehemaligen DDR für Jugendliche und Erwachsene ermöglichen.

Beispielhaft seien genannt:

- In der Außenstelle Heidelberg wurden zwei Plakatausstellungen zur deutsch-deutschen Geschichte konzipiert, die in der schulischen und außerschulischen Bildung zum Einsatz kommen können. Sie können gegen eine Mietgebühr von jeweils 100 Euro entliehen werden. Dabei handelt es sich um die Ausstellungen „Die ‚deutsche Frage‘ im Spiegel bundesdeutscher Wahlkämpfe von 1949 bis 1990“ und „Politische Plakate zur deutsch-deutschen Geschichte 1945 bis 1990“. 2013 wurde die Ausstellung zur deutsch-deutschen Geschichte beispielsweise in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (Saale) gezeigt. In Baden-Württemberg war die Ausstellung zuletzt am Kaufmännischen Schulzentrum in Böblingen (2013) und an der Friedrich-List-Schule in Karlsruhe (2014) zu sehen. Für den Einsatz an Schulen wurde ein Lernzirkel konzipiert, der einen schülergerechten Zugang zur Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte ermöglicht.
- Im Rahmen des Offenen Seminarprogramms wurde am 27. April 2013 das Tagesseminar „Der Deutsche Herbst in Karlsruhe“ in Kooperation mit dem Landesmedienzentrum durchgeführt. (Außenstelle Heidelberg)
- „Leipzig und die friedliche Revolution. Frauen-Bildungsreise nach Sachsen“ vom 31. Oktober bis 4. November 2015. (Fachbereich Frauen und Politik)
- Auf Entdeckungstour entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Von Hof nach Heinersdorf, 23. bis 27. Mai 2016 (Seminar im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres)



- Mit dem Lyriker und Autor Lutz Rathenow, seit 2011 Sächsischer Beauftragter für die Stasi-Unterlagen, wurde unter dem Titel „Zivilcourage“ am 30. September und am 1. Oktober 2015 vier Gesprächsrunden in Stuttgart (Mörikegymnasium), Tübingen (Berghof Foundation), Neckargemünd (Max-Born-Gymnasium) und Wiesloch (Kulturforum Südliche Bergstraße) organisiert. Dabei berichtete Herr Rathenow auch von seinen Erfahrungen als Mitglied der Oppositionsbewegung in der ehemaligen DDR.
- Im Februar 2016 fand ein zweieinhalbtägiges Seminar für die Schülerinnen und Schüler der Jugendakademie Mannheim zum Thema „25 Jahre Deutsche Wiedervereinigung“ statt. Teil des Programms war eine Exkursion zum DDR Museum in Pforzheim.
- Die Exkursion zum DDR Museum in Pforzheim war bis zum Schuljahr 2014/2015 auch Teil des regulären Veranstaltungsprogramms der Außenstelle Heidelberg. Sie wurde pro Schuljahr bis zu zwei Mal nachgefragt und aufgrund dieser geringen Nachfrage aus dem Programm genommen.
- Das Portal [www.ddr-im-unterricht.de](http://www.ddr-im-unterricht.de) stellt Materialien und Unterrichtshinweise zur Behandlung der DDR-Geschichte im schulischen Unterricht zur Verfügung.
- Das im Jahr 2009 in der Zeitschriftenreihe „Politik & Unterricht“ erschienene Heft „Leben in der DDR“ ist weiterhin als PDF-Datei im Internet abrufbar.
- In Kooperation mit dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof und der Fach- und Beratungsstelle InsideOut veranstaltet das Team meX die Stuttgarter Präventionsgespräche. Das ist eine Gesprächsreihe, bei der Expertinnen und Experten und das pädagogische Fachpublikum aus Stuttgart und Umgebung vierteljährlich unterschiedliche Aspekte im Themenfeld Extremismus und Radikalisierung diskutieren können. Am 23. Februar 2016 fand dabei eine Veranstaltung mit Dr. Nils Schuhmacher von der Hochschule Esslingen statt. Sie hieß „Die Antifa. Streitpolitik zwischen Mythos und Realität“ und ging der Frage nach, warum Antifa-Gruppen das Mittel der Streitpolitik wählen und wie sich ihr Verhältnis zur Gewalt ausgestaltet.

Die Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung in Freiburg plant eine Vorlesungsreihe in Kooperation mit dem Historischen Seminar der Universität Freiburg im Rahmen des „Colloquium Politicum“ zum Thema „100 Jahre Oktoberrevolution“.

*4. Welche Maßnahmen der historisch-politischen Bildung im Bereich der Aufklärung über die DDR-Diktatur unter welchen Haushaltstiteln und in welcher Höhe im Jahr 2016 fördert sie, beziehungsweise will sie in den Jahren 2017 bis 2018 fördern (bitte nach Maßnahmen, geförderten Einrichtungen sowie Jahren aufschlüsseln)?*

*5. In welcher Höhe werden Gedenkstätten und Museen mit Schwerpunkt DDR-Geschichte im Jahr 2015 und 2016 durch das Land gefördert (bitte nach den geförderten Einrichtungen sowie Jahren aufschlüsseln)?*

Zu 4. und 5.:

Die Landeszentrale für politische Bildung hat hierzu wie folgt Stellung genommen:

Das DDR-Museum in Pforzheim ist neben dem Deutsch-Deutschen-Museum in Mödlareuth (Bayern) das einzige seiner Art in den westlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Dass es sich in Pforzheim befindet, ist ganz überwiegend dem Umstand zu verdanken, dass sich sein Gründer Klaus Knabe nach seiner Flucht aus der früheren DDR dort angesiedelt hat. Seine umfangreiche Sammlung mit Erinnerungstücken zur Geschichte und Diktatur der DDR war zunächst in seinem Privathaus ausgestellt, bis ihm die Stadt Pforzheim ein Gebäude auf dem Gebiet der früheren französischen Kaserne zur Verfügung stellte, wo sich das Museum bis heute befindet. Nachdem der Gründer wegen diverser Schwierigkeiten bezüglich der weiteren Finanzierung des Museums mit dem Abzug seiner

Sammlung gedroht hatte, übernahm die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Jahr 2011 die Initiative und führte die Beteiligten (Ehrenamtliche des zugehörigen Vereins, Stadt Pforzheim) zu einem Gespräch zusammen, um verschiedene Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Hierauf wurde nach Herrn Knabes Tod Anfang 2012 noch im selben Jahr die Stiftung „Stiftung Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ gegründet, die sich die Weiterführung und Modernisierung des DDR-Museums zum Ziel gesetzt hat. Das Land unterstützte die Stiftung als Gründungstifter mit 40.000 Euro aus dem Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung. Mitbegründerin war u. a. auch die Stadt Pforzheim. Gründungstag der Stiftung war der 24. Juli 2012. Im Jahr 2016 wurde die überarbeitete und modernisierte Ausstellung des Museums neu eröffnet. Es konnte seitdem laut Stiftung einen Zuwachs der Besucherinnen und Besucher von rund 40 Prozent verbuchen. Die Neugestaltung des Museums wurde 2015 unter anderem auch aus Fördermitteln des Landes in Höhe von 40.000 Euro unterstützt. Die Fördermittel flossen über die Landeszentrale für politische Bildung. Das DDR-Museum ist, obwohl nicht am „authentischen Ort“ befindlich, im Rahmen der Gedenkstättenförderung des Landes voll förderfähig und berechtigt, Anträge zu stellen. Im Jahr 2016 erhält das Museum aus der Gedenkstättenförderung (Titelgruppe 78 im Einzelplan 0104) 8.344 Euro Basisförderung. Außerdem hat das Museum für 2016 einen Projektantrag gestellt, der mit 4.000 Euro bewilligt wurde.

Die Landeszentrale für politische Bildung arbeitet zudem in Kooperation mit dem DDR-Museum an einem Konzept zur Ausweitung der Zeitzeugengespräche an Schulen. Begegnungen mit Zeitzeugen sollen nun auch zum Thema DDR-Geschichte vermittelt und gefördert werden.

Das DDR-Museum ist weiterhin berechtigt, Anträge auf Mittel aus der Gedenkstättenförderung bei der Landeszentrale für politische Bildung zu stellen. Über deren Bewilligung können vorab naturgemäß keine Auskünfte erteilt werden.

*6. Welche Publikationen, die von der vorherigen Landesregierung (einem Ministerium oder einer Behörde des Landes Baden-Württemberg) seit Dezember 2014 herausgegeben wurden, behandeln den Rechts- oder Linksextremismus (bitte nach Namen, Erscheinungsdatum und nach der Zuordnung zu Linksbeziehungsweise Rechtsextremismus aufschlüsseln)?*

Zu 6.:

Einschlägige Publikationen der polizeilichen Kriminalprävention wurden bereits unter Ziff. 1 aufgeführt. In Kooperation mit anderen Akteuren sind weitere Publikationen im Bereich der Prävention PMK erfolgt oder projektiert, zum Beispiel die Publikation „Gender und Rechtsextremismus“ als Dokumentation eines Fachtags des Beratungsnetzwerks Baden-Württemberg oder die Handreichung im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung und Beteiligung des LKA zum Thema Rechtsextremismus.

Vertiefende Informationen zum Thema Fallzahlen und Organisation im Bereich der PMK-rechts und PMK-links sowie zu BIG Rex und KPEBW lassen sich dem Jahresbericht PMK 2015 des LKA entnehmen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat seit Dezember 2014 folgende Publikationen herausgegeben, die den Rechts- oder Linksextremismus behandeln:

Rechts- und Linksextremismus:

- Extremismus erkennen – Handreichung für die Betreiber von Flüchtlingsunterkünften 2016
- Extremismus erkennen – Handreichung für Mitarbeiter/-innen von Justizvollzugsanstalten zu inhaftierten Extremisten 2016

- Verfassungsschutzbericht 2014 (Herausgeber: Innenministerium)
- Verfassungsschutzbericht 2015 (Herausgeber: Innenministerium)
- Regelmäßige Berichte auf der Homepage des LfV

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration wurde die Expertise „Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg“ bei Herrn Prof. Dr. Möller, Hochschule Esslingen, in Auftrag gegeben und am 1. Oktober 2015 auf der Homepage des Ministeriums für Soziales und Integration veröffentlicht. Im thematischen Zentrum der Expertise stehen die Problematiken der sog. gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) bei Jugendlichen und deren Bearbeitungsmöglichkeiten.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat hierzu wie folgt Stellung genommen:

Publikationen der LpB		
Erschienen	Titel	Zuordnung
17.11.2014	Hofmann/Lindner: Herbst der Entscheidung	Linksextremismus
17.12.2014	Das KZ Natzweiler-Struthof und seine Außenlager (Handreichung, 2. Auflage)	Rechts- und Linksextremismus
12.01.2015	Plenspiel Soundcheck	Rechtsextremismus
05.02.2015	Grundrechtefibel Voll in Ordnung	Rechts- und Linksextremismus
23.06.2015	Reihe MATERIALIEN: „Ich habe den Krieg verhindern wollen“ – Der Hitler-Gegner Georg Elser und sein Attentat vom 8. November 1939 – die Motive, Vorbereitungen und Folgen	Rechts- und Linksextremismus
24.06.2015	Kursbuch miteinander leben, 4. Auflage	Rechts- und Linksextremismus
02.11.2015	Reihe MATERIALIEN: „Heraus zum Massenstreik“ – Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 – linker Widerstand in der schwäbischen Provinz	Rechts- und Linksextremismus
12.01.2016	Steinbach/Stöckle/Thelen/Weber: Entrechtet – verfolgt – vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten. Schriftenreihe zur politische Landeskunde, Band 45	Rechts- und Linksextremismus
29.01.2016	P&U Heft 4-2015 Gedenkstätten in Baden-Württemberg	Rechts- und Linksextremismus
09.05.2016	Broschüre Grundgesetz/Landesverfassung	Rechts- und Linksextremismus

7. *Welche Lehrveranstaltungen, Seminare, Vorlesungen fanden im Jahr 2015 an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg zum Links- oder Rechtsextremismus statt (bitte nach der Zuordnung zu Links- beziehungsweise Rechtsextremismus und der jeweiligen Einrichtung aufschlüsseln)?*

Zu 7.:

An der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW) werden sowohl die Thematik des Extremismus im Allgemeinen als auch die Themenfelder Links- und Rechtsextremismus behandelt. Dies findet in den verschiedenen Einrichtungen der HfPolBW bereits in der Ausbildung zum mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst und später in der polizeilichen Fortbildung an verschiedenen Stellen in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Zeitanatz statt.

Im Rahmen der Ausbildung geschieht dies in der Fächergruppe „Sozialwissenschaften/Politikwissenschaften/Politische Bildung/Geschichte“ in verschiedenen Themenfeldern unter Berücksichtigung des aktuellen politischen Tagesgeschehens. In der polizeilichen Fortbildung wird in einer Vielzahl von Fortbildungsangeboten die Thematik zumindest als Randthema behandelt. Zudem sind die elektronischen Lernanwendungen im Bildungs- und Wissensportal POLIZEI-ONLINE zu den Themen „Grundlagen zum Thema Extremismus“ und „Grundlagen zum Rechtsextremismus“ für jede Polizeibeamtin und jeden Polizeibeamten offen zugänglich.

8. *Wie viele Fortbildungen für Richter und Staatsanwälte zum Thema Links- oder Rechtsextremismus fanden im Jahr 2015 statt (bitte nach der thematischen Zuordnung zu Links- beziehungsweise Rechtsextremismus aufschlüsseln)?*

Zu 8.:

Im Rahmen der Richter- und Staatsanwaltsfortbildung wurde im Juli 2015 eine 5-tägige Tagung der Deutschen Richterakademie zum Thema „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“ durchgeführt. Diese Tagung nimmt sowohl den Links- wie den Rechtsextremismus in den Fokus. Inwieweit auf dezentraler Ebene Veranstaltungen zu diesen Themenfeldern durchgeführt wurden, war in der Kürze der Zeit nicht festzustellen.

Ergänzend wird berichtet, dass in diesem Jahr bereits im Januar eine 4-tägige Tagung der Deutschen Richterakademie zum Thema „Rechtsradikalismus und Neonazismus – neueste Tendenzen“ stattgefunden hat. Zudem wird im September 2016 ein weiteres Mal die Veranstaltung „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“ durchgeführt.

Schließlich wird darauf hingewiesen, dass das Ministerium der Justiz und für Europa in diesem Jahr im September und Oktober vier eintägige Veranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“ in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz anbietet.

9. *Wie viele Lehrveranstaltungen, Seminare, Vorlesungen beziehungsweise Fortbildungen zur Thematik „linksextremistisch motivierte Straftaten und Tatmotive“ oder „rechtsextremistisch motivierte Straftaten und Tatmotive“ fanden im Rahmen der Juristenausbildung (Studium und Referendariat) an den Universitäten in Baden-Württemberg im Sommersemester 2015 sowie im Wintersemester 2015/2016 statt (bitte gemäß der vorherigen Frage aufschlüsseln)?*

Zu 9.:

An der Universität Tübingen wurde im Wintersemester 2015/2016 ein Seminar „Gewalttätige Extremisten: Radikalisierung, Deradikalisierung und Reintegration“ angeboten. An den Universitäten Freiburg und Mannheim wurden keine einschlägigen Veranstaltungen durchgeführt. Den Universitäten Heidelberg und Konstanz war es aufgrund der kurzen Frist nicht möglich, eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

*10. Wie viele Seminare zum Links- oder Rechtsextremismus fanden im Rahmen der Ausbildung von Sozialkunde-/Sozialwissenschafts-Lehrern an Universitäten in Baden-Württemberg im Sommersemester 2016 sowie im Wintersemester 2015/2016 statt (bitte nach Jahren und der thematischen Zuordnung zu Links- beziehungsweise Rechtsextremismus aufschlüsseln)?*

Zu 10.:

An der Universität Stuttgart gab es im Sommersemester 2016 ein Seminar zum Thema „Einführung in das Konzept der wehrhaften Demokratie und ihrer Aktualität“, das u. a. auch Extremismus thematisierte und von Studierenden des Lehramtsfachs Politik/Wirtschaft gewählt werden konnte. An den Universitäten Freiburg, Hohenheim, Mannheim, Tübingen und am KIT wurden keine Seminare angeboten. Den Universitäten Heidelberg, Konstanz und Ulm war es aufgrund der kurzen Frist nicht möglich, eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

In Vertretung

Württemberg

Ministerialdirektor